



SPD-Kreistagsfraktion im Rheinisch-Bergischen Kreis
Am Rübezahlwald 7 - 51469 Bergisch Gladbach

Rheinisch-Bergischer Kreis
z. Hd. Herrn Landrat Dr. Tebroke

im Hause

Bergisch Gladbach, den 09.12.2015

Neuausrichtung der Geschäftspolitik der RBS

Sehr geehrter Herr Dr. Tebroke,

im Namen der SPD-Kreistagsfraktion bitte ich Sie, den nachfolgenden, geänderten Antrag in der kommenden Kreisausschuss- und Kreistagssitzung auf die Tagesordnung zu nehmen und zur Abstimmung zu stellen:

Die Vertreter des Kreises in den Gremien der RBS wirken darauf hin, dass

- a. die vorhandenen Neubaupläne für die RBS-Grundstücke in den Siedlungen Lerbach und Handstr. mit dem Ergebnis optimaler Wohnflächenzahlen zügig realisiert werden. Für die Siedlung Handstr. soll ggf. ein vorhabenbezogener Bebauungsplan erstellt werden, auch wenn dies zu höheren Kosten für die RBS führt.
- b. Grundstücke aus öffentlichem oder privatem Eigentum im gesamten Kreisgebiet angekauft werden, um mittelfristig bis zu 200 neue Wohneinheiten zu erstellen. Dies soll in Abstimmung mit den vor Ort tätigen öffentlich geförderten Wohnungsgesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften oder Entwicklungsgesellschaften geschehen.
- c. die unter b. benannten neuen – barrierefreien – Wohnungen
 - i. überwiegend der Sozialbindung unterliegen bzw. bei freier Finanzierung mit entsprechender Kriterien für die Belegung errichtet werden und
 - ii. in dem tatsächlichen Bedarf entsprechendem Umfang als familiengerechte Wohnungen (vier Zimmer) gebaut werden.

Gerhard Zorn (Vorsitzender)

Alte Kölner Str. 31
51491 Overath
fon: 02206/45 21
mobil: 01523 4578881
mail: gerhard.zorn@live.de

SPD-Kreistagsfraktion

Am Rübezahlwald 7
51469 Bergisch Gladbach
fon: 02202/13-2329
fax: 02202/13-2561
mail: spd-kreistagsfraktion@rbk-online.de

Begründung:

Zurzeit sind nur noch etwa ca. 32 % der Wohnungen im Eigentum der RBS öffentlich gefördert.

Durch die Bevölkerungsentwicklung im Großraum Köln wächst der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Dem entsprechend verzeichnet die RBS kaum Leerstände und kann kaum zusätzliche Nachfrage bedienen.

Gleichzeitig rechnet das Jobcenter allein für 2016 mit 1.450 zusätzlichen Bedarfsgemeinschaften nach SGB II, für die Wohnraum zu angemessenen Preisen zusätzlich bereitgestellt werden muss.

Daher besteht insgesamt der im Beschlussvorschlag bestehende dringende Handlungsbedarf.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Gerhard Zorn

gez.
Dr. Klaus-Georg Wey